

# Es ist unsere Stadt!

## Gegen die ungerechten Haushaltspläne der Stadt Stuttgart!

## Für mehr Sozialproteste!

Es scheint heutzutage kaum noch möglich zu sein die Zeitung aufzuschlagen, ohne mit der Ankündigung einer neuen „Reform“ oder Plänen zur Ankurbelung der Wirtschaft konfrontiert zu werden. In der Regel bedeutet dies aber leider nichts Gutes, im Gegenteil. Gerade die letzten umgesetzten Pläne von Regierung und Unternehmenseite wurden aus guten Gründen vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt: Etwa die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre mit ihren zahlreichen Folgen für die Betroffenen und den Arbeitsmarkt im allgemeinen. Auch die damals vom, mittlerweile rechtskräftig verurteilten, millionenschweren Wirtschaftsbetrüger, Peter Hartz ausgearbeiteten Hartzgesetze, die Millionen Menschen und Familien in die Armut stürzten und lediglich der Agentur für Arbeit Milliarden Gewinne einbrachten, stießen auf breite Ablehnung. Die Einführung von Studiengebühren, die einen massiven Einschnitt in das bisher (wenigstens formale) Recht auf freie Bildung für alle praktisch außer Kraft setzte, ist ebenfalls eine dieser Reformen, die kaum jemand wollte und die nur wenigen zu Gute kommt. Es ließen sich vermutlich noch einige Seiten mit weiteren Beispielen füllen – vom schrittweisen Abbau der Gesundheitsvorsorge, über die Verlängerung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst, bis hin zu den Entgeltrahmenabkommen in den Metall-Betrieben. Dazu ständige Schließungen von Fabriken und Rationalisierungen durch Massenentlassungen.

Die nächsten Planungen, etwa die Privatisierung der Bahn, sind nicht weniger verheerend und machen deutlich, dass ein Ende dieser Politik nicht ansteht – zumindest nicht wenn es nach denen geht, die dafür verantwortlich sind und davon profitieren. Sie preisen die Entwicklung stattdessen als „wirtschaftlichen Aufschwung“ oder entwerfen Schreckensszenarien, die angeblich jede andere Politik zur Folge hätte.

Dabei läge es doch nahe, daß mit zunehmender technologischer Entwicklung, immer weiter perfektionierten Arbeitsabläufen, Unmengen an angehäuften Reichtümern, immer neuen bahnbrechenden Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik auch der Lebensstandard der Menschen steigen sollte.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, werfen wir zunächst noch einen Blick direkt vor unsere Haustür, auf die Situation in Stuttgart:

### Wir sind reich!

Stuttgart ist eine der reichsten Städte der BRD und in Europa. Die Stadt hat 2006 183 Millionen Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Der Gesamtstand der Rücklagen beträgt 223 Millionen Euro. Unberücksichtigt hierbei sind noch die Rücklagen für langfristige Investitionsmaßnahmen von ca. 800 Millionen Euro, sowie die Rücklagen die im Rahmen der Stuttgarter Verkehrsbetriebe GmbH geparkt und dort in Spezialfonds angelegt sind, in der Größenordnung von 700 Millionen Euro. Dazu kommt noch z.B. eine stille Beteiligung an der LBBW mit 700 Millionen Euro, wo die Stadt überschüssiges Geld angelegt hat und im entsprechenden Umfang am Gewinn beteiligt wird.

Eine gute Bezahlung der kommunalen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und angemessene Arbeitsbedingungen, eine ausreichende Finanzierung von sozialen und kulturellen Einrichtungen, genügend finanzielle Mittel, zumindest für die wichtigsten Institutionen wie die städtischen Krankenhäuser und Pflegeanstalten, ein gut ausgebauter und günstiger Öffentlicher Nahverkehr, hervorragende Universitäten – all das sollte also doch eigentlich möglich sein. Fehlanzeige. Zumindest ein bisschen von all dem? Noch nicht einmal das. Aber wenigstens eine Entwicklung, die in die richtige Richtung geht? Im Gegenteil!

Im Folgenden führen wir nur ein paar wenige konkrete Beispiele für die aktuelle Situation in Stuttgart auf, es gäbe aber sicher noch ein Vielfaches mehr zu berichten:

### Armut von Erwachsenen und von Kindern in Stuttgart

In Stuttgart leben über 41 000 Menschen von Arbeitslosengeld II, also mit dem Regelsatz 347,- Euro plus Unterkunft. Die gängige Armutsgrenze liegt bei ca. 60% des Durchschnittseinkommens in Deutschland (rund 980,- Euro), das bedeutet, dass im reichen Stuttgart 41 000 Bürger arm sind. Besonders hart trifft es die Kinder, deren Eltern mit Hartz IV den Lebensunterhalt der Familie bestreiten müssen. Das sind in Stuttgart 14% aller Kinder unter



15 Jahren, also 11 565 Kinder, die von Armut betroffen sind. Ein Vorstoß der Stadträtin Ulrike Küstler (Linkspartei), eine Beihilfe für den Schulanfang für Kinder aus armen Familien bereitzustellen, wurde im Gemeinderat allerdings abgeschmettert. Hier hört dann die „Kinderfreundlichkeit“, deren sich OB Schuster rühmt, auf! Feststeht, dass die Kinderarmut ein ganz konkretes Gesicht hat: für Kinder unter 15 Jahren stehen mit Hartz IV ganze 208 Euro im Monat zur Verfügung. Die Politiker, die dieses Geld für ausreichend halten sehen vor:

Für Spielzeug 0,76 Euro  
Für Essen und Trinken 76,39 Euro  
Für Schulsachen 0,00 Euro

Wie soll sich so ein Kind gesund entwickeln können? Wie soll es sich in der Schule konzentrieren können, wenn es mit leerem Magen aus dem Haus geht? In den sogenannten Brennpunktgebieten, wo besonders viele arme Menschen wohnen, wie z.B. im Hallschlag, berichten Erzieherinnen, dass kleine Kinder ohne Frühstück in den Kindergarten kommen.

Ein Hohn ist es, von Chancengleichheit zu sprechen, wie das die Politiker im Zuge der PISA Diskussion allzu gerne tun, wenn den Kindern aus armen Familien 0,00 Euro für Schulsachen „zugestanden“ wird. So wird von vorne herein in Kauf genommen, dass diese Kinder kaum die Aussicht auf den Besuch weitergehender Schulen, geschweige denn die Hochschule haben.

An letzteren hat sich die Situation drastisch zugespitzt. Die Einführung der Studiengebühren verstößt zwar klar gegen das Grundgesetz, aber auch hier gilt: wer die 500,- Euro pro Semester, zusätzlich zu den anderen mit dem Studium anfallenden Kosten, nicht aufbringen kann und sich nicht mit tausenden Euro verschulden will, der muss draußen bleiben.

Auch hier sind es hohle Phrasen, wenn die Politiker ständig davon reden: „Wir müssen mehr für die Bildung tun“. Gemeint ist da nichts anderes als: „Wir brauchen eine Elite in Wirtschaft und Technik, damit wir weltweit konkurrenzfähig sind“.

Diese Eliten werden schon von klein auf gefördert: gut ausgestattete Kindergärten, Privatschulen u.ä. während die staatlichen Einrichtungen immer schlechter werden: es mangelt an qualifiziertem Betreuungspersonal, die Schulklassen sind zu voll, Unterricht fällt oft aus, weil unser „Landesvater“ lieber Lehrer in die Arbeitslosigkeit schickt, anstatt das Personal aufzustocken.

## Die Situation in den Krankenhäusern

„...nicht durchgeführte ärztliche Anordnungen ... nicht durchgeführte Medikamentengaben ... Hygienevorschriften nicht eingehalten ... keine Prophylaxen durchgeführt ... unnötige Fixierungen von Patienten ... schwerstkranken Kinder werden von einer Pflegekraft ohne pädiatrischer Zusatzausbildung versorgt, die noch zwei andere Intensivpatienten mitversorgen muss ... etc.“ So schildern 47 Pflege-

kräfte der anästhesiologischen Intensivstation im Katharinenhospital die Folgen der chronischen Arbeitsüberlastung, der damit verbundene Gefährdung der PatientInnen, sowie deren extremen Verlust der Menschwürde. (Quelle: ver.di Krankenhausinfo Juli 2007)

Ein anderes Beispiel aus der psychiatrischen Abteilung im Bürgerhospital: Angestellte sammelten Unterschriften und organisierten Protestkundgebungen, weil der Personalmangel zu kaum ertragbaren Zuständen führt. Ein Leserbrief in der Stuttgart Zeitung bringt es auf den Punkt: „Die Verhältnisse im Bürgerhospital sind schockierend, so bemüht das Personal auch ist. Es gibt zu wenige Ärzte und zu wenige Pfleger. Keiner hat Zeit für die schwerkranken Patienten. Und die räumlichen Bedingungen würde man keinem ‚normal kranken‘ Menschen zumuten. Depressive, Persönlichkeitsgestörte, Suizidale, Psychopathen in eine Einrichtung zu sperren, die einfach nur trostlos ist, ist unmenschlich.“

Dies sind nur zwei Beispiele aus dem Klinikum Stuttgart, aus dem dieses Jahr bereits über 300 Überlastungsanzeigen/Gefährdungsanzeigen vorliegen, mit denen die Beschäftigten die untragbaren Zustände dokumentieren.

Ursächlich dafür sind die massiven Umstrukturierungen mit dem Ziel die Krankenversorgung nach privatwirtschaftlichen Interessen auszurichten.

Dazu einige Stichpunkte:

- die Umstellung auf Fallpauschalen (DRG) führt dazu, dass Krankenhäuser, die unter ökonomischen Gesichtspunkten lukrative Fälle behandeln, Überschüsse machen und Maximalversorgungshäuser, die alle behandeln, systematisch in die Defizitzone fahren.

- Der Budgetdeckel verhindert, dass Krankenhäuser einen Ausgleich für Kostensteigerungen (Energie, Mehrwertsteuer, Tarifierhöhungen...) bekommen. Das Budget der Krankenhäuser darf nämlich nicht mehr steigen als die Einnahmen der Krankenkassen, die möglichen Ausgaben der Krankenhäuser sind also gekoppelt an die Einnahmen der Krankenkassen.

- Die neue Gesundheitsreform führt für die Krankenhäuser zu weiteren Belastungen.

- Die Bundesländer kommen ihrer Verpflichtung die Investitionskosten der Krankenhäuser zu übernehmen nicht mehr nach.

- Die Träger der kommunalen Krankenhäuser sind nicht bereit Geld zuzuschießen. Im aktuellen Haushaltsentwurf der Stadt Stuttgart sind 574 Millionen € für Investitionen geplant, kein Cent davon fürs Klinikum.

Die Folgen für die Krankenhäuser:

Viele Krankenhäuser werden geschlossen (geschätzt 30%), andere fusionieren (ca 55%), werden ganz privatisiert (ca. 17%), privatisieren einzelne Bereiche (ca. 32%), machen Absenkungstarifverträge (ca. 19%) oder delegieren bislang ärztliche Tätigkeiten auf andere Berufsgruppen (ca. 46%).

Nur ca. 38% der Krankenhäuser erwarten für 2007 ein positives Betriebsergebnis.

Vor diesem Hintergrund schlagen inzwischen auch die DKG (Deutsche Krankenhaus Gesellschaft) und Pflegeverbände Alarm.

Die Folgen für die Patienten:

- Triage (also Selektion: wer wird gerne behandelt weil lukrativ, wer wird am besten erst gar nicht aufgenommen)

- Unzureichende Behandlung (siehe vorige Beispiele. Offizielle Schätzungen gehen von 15000 Toten im Jahr in den Krankenhäusern Deutschlands durch Überlastungssituationen aus)

- „Blutige Entlassung“ (Entlassung so schnell es irgendwie geht ohne Rücksicht auf den Zustand des Patienten).

Die Folgen für die Beschäftigten:

- Stellenabbau (im Klinikum Stuttgart sank die Zahl der Pflegekräfte von 2002 bis 2006 um 11%)

- Enormer Arbeitsdruck (im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Patienten um 8,6%)

- Lohnkürzungen (im folgenden ausgeführt)

Für alle, die von den Zuständen in den Krankenhäusern selbst betroffen sind, waren oder sein werden, sei es als Beschäf-

## Solidarität mit dem Streik der Beschäftigten im Einzelhandel!

Mehrere tausend Beschäftigte befinden sich momentan im Arbeitskampf für bessere Löhne und die Beibehaltung der Spät- und Nachtzuschläge. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, haben sie weitere Aktionen vor verschiedenen Kaufhäusern angekündigt, die sich auch noch bis ins nächste Jahr hinziehen könnten.

Die Unternehmer antworteten bisher mit Streikbrechern, Drohungen und Forderungen nach noch schlechteren Arbeitsbedingungen für die Angestellten.

Unterstützt die kämpferischen Aktionen der Streikenden! Kommt zu den Kundgebungen!



tigte oder als Patienten, und die wollen, dass solche Zustände auch öffentlich werden, hat verdi eine Internetseite eingerichtet. Sie lautet: [www.mehrgeldfuerkrankenhaeuser.verdi.de](http://www.mehrgeldfuerkrankenhaeuser.verdi.de). Dort gibt es nicht nur viele Informationen zu diesem Themenkomplex, sondern auch die Möglichkeit eigene Erfahrungen mittels e-mail zu schildern.

## Der Öffentliche Dienst

Trotz der finanziellen Mittel der Stadt Stuttgart, setzen sich die Repräsentanten der Stadt bei den letzten Tarifverhandlungen im ÖD vehement für die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Damit werden nicht nur die Beschäftigten schlechter entlohnt, sondern auch Arbeitsplätze abgebaut.

Seit der Einführung des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TvÖD) im Jahr 2005 ist das Niveau der Entlohnung stark gesunken. Ein Wechsel des Arbeitgebers und damit eine neue Eingruppierung, macht sich dann mit bis zu 500 € monatlich bemerkbar.

Am heftigsten bekommen das die seit 1. Oktober 2005 neu eingestellten Reinigungskräfte im Klinikum zu spüren. Sie werden in die niedrigste Entgeltgruppe 1 zu 7,57 brutto/Stunde eingruppiert und bekommen nur Teilzeitverträge. Die Klage von Betroffenen gegen diese Hungerlohn-Eingruppierung vor dem Arbeitsgericht Stuttgart wurde abgeschmettert. Nun folgt die weitere juristische Auseinandersetzung.

Nach wie vor existieren Planungen weitere Bereiche des ÖD, wie die Müllabfuhr zu privatisieren, was – wie alle Privatisierungen – mit schlechterer Bezahlung und einer allgemeinen Ausrichtung nach Unternehmerinteressen verbunden ist.

Für 2008 steht die nächste Tarifrunde an. Verdi im Klinikum schlug 5 % Lohnerhöhung plus 150 €/Monat tabellenwirksam vor, der Bezirk Stuttgart entschied mit einer 9,4 % Forderung in die weitere gewerkschaftsinterne Klärung zu gehen.

2008 werden aber nicht nur die Löhne neu verhandelt, die Arbeitgeberverbände wollen erneut die Arbeitszeit verlängern und haben für diese ganze Auseinandersetzung ein Faustpfand: Die Entgeltordnung (also wer wie eingruppiert wird), läuft aus. Demnach können ab 2008 die Arbeitgeber die neu eingestellten Beschäftigten nach ihrem Gutdünken entlohnen.

## Statt Arbeitsplätze – 1 Euro-Jobs

In Stuttgart sind 2 698 Menschen in 1 Euro-Jobs beschäftigt. Sie sind Hartz IV Empfänger, weil sie länger als 1 Jahr arbeitslos sind. Sie werden unter Androhung von Sanktionen bis hin zur zeitweisen totalen Sperrung der Grundsicherung zu Tätigkeiten gezwungen, die weder ihrer Ausbildung noch Qualifikation entsprechen. Und das in der Regel ohne Aussicht auf den 1. Arbeitsmarkt. Bundesweit sind es gerade mal 15% der 1 Euro-Jobber, die anschließend einen festen Arbeitsplatz bekommen.

Sie verrichten aber Tätigkeiten, die eigentlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind, wie Reinigungsarbeiten; Aufsicht, Betreuung, Essen bereiten und ausgeben in Kindertagesstätten und Schulen; Grünflächenpflege usw. und das praktisch zum Null-Tarif. Gewinner sind auch die Vermittler solcher Jobs (z.B. die SBR = Gemeinnützige Gesellschaft für Schulung und berufliche Reintegration), die pro Anstellung eines 1-Euro-Jobbers zwischen 200,- und 500,- Euro Subventionen (sprich Steuergelder) kassieren. Und die Politiker, die in der Öffentlichkeit mit gesunkenen Arbeitslosenzahlen glänzen können, da die 1-Euro-Jobber nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, genauso wie alle, die in sogenannten Praktika, Qualifizierungsmaßnahmen usw. stecken.

Abgesehen davon, dass der Steuerzahler die Kosten für die 1-Euro-Jobs trägt, ist es diskriminierend für die Hartz IV Empfänger, für normal geleistete Arbeit keine entsprechende Entlohnung zu bekommen.

Desweiteren werden reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – entgegen aller Behauptungen der Politiker – durch die 1-Euro Jobs verdrängt.

## Die Kinder- und Jugendarbeit

Auch aus der Kinder- und Jugendarbeit gibt es einiges - schlechtes - zu berichten: der Stuttgarter Jugendhaus e.V. wird zur GmbH und



Eine Torte sagt mehr als 1000 Worte:

Ministerpräsident Oettinger wird in Stuttgart auf einer Konferenz zum Jubiläum der 1-Euro Jobs mit einer Torte „begrüßt“.

soll profitorientierter wirtschaften. Herzlich willkommen Jugendarbeit in der Verwertungslogik, wen interessieren schon die Bedürfnisse der Menschen. Was bedeutet dies konkret? Es bedeutet eben, dass im Mittelpunkt wirtschaftliche Profitabilität steht und alles andere zweit-rangig ist.

Großes Übel droht auch den Kindertageseinrichtungen der Stadt Stuttgart. Gegen den Willen der über 1200 Beschäftigten wollen Grüne und CDU im Gemeinderat die Ausgliederung der städtischen Betreuungseinrichtungen aus dem Jugendamt beschließen. Der Antrag sieht vor, einen Eigenbetrieb zu gründen, was eine vollständige Neustrukturierung zur Folge hätte und zu Lasten der fachlichen und inhaltlichen Auseinandersetzung gehen würde. Die Beschäftigten reagieren mit Fassungslosigkeit auf die Willkür der Stadtverwaltung. So widerspricht sich Werner Wölflle, Fraktionssprecher der Grünen, selbst, wenn er sagt, es komme „nicht darauf an, wie die Kindergärten organisiert sind“ - die Veränderung hin zum Eigenbetrieb aber will er unbedingt.

Einige werden vielleicht auch noch wissen, wie die Stadt Stuttgart mit Selbstverwaltungsprojekten von Jugendlichen umzugehen pflegt: Eines der letzten Projekt, das sich über lange Zeit halten konnte, in der Jugendliche ihre Freizeit selbst gestalten und unterschiedliche Aktivitäten selbst organisieren konnten, war das Jugendhaus an der oberen Weinsteige 9 in Stuttgart Degerloch, kurz OBW9. Als bekannt wurde, dass die Stadt auch dieses Fleckchen Selbstbestimmung zunichte machen wollte, gingen über Monate hinweg hunderte Menschen auf die Straße, dutzende Gruppen, Initiativen, Gewerkschaften und Parteien solidarisierten sich, es wurden Alternativpläne ausgearbeitet und Gesprächsrunden organisiert. Dennoch kündigten die Verantwortlichen der Stadt den Vertrag und weigerten sich auch nur das geringste realistische Alternativangebot zu machen. Als die Jugendlichen keinen anderen Weg mehr sahen, als ihr Jugendhaus zu besetzen, wurde ein verummtes und bewaffnetes Sondereinsatzkommando auf sie losgelassen. Nicht nur die Kündigung der Räume und der Einsatz eines SEK war das, was die Stadt ihnen zu bieten hatte – bis Anfang des Jahres standen einige von ihnen oben-dreien wegen der Besetzung vor Gericht und wurden zu Geldstrafen verurteilt!

## Alles Zufall?

Ein „menschenwürdiges Leben“ mit ausreichender Gesundheitsvorsorge, Bildung, gesunder Ernährung usw. wird nicht nur die steigende Zahl von Hartz IV EmpfängerInnen oder Menschen in sogenannter „prekärer Beschäftigung“ immer mehr zum Fremdwort. Das betrifft zusehends auch Menschen und Familien in normalen Verhältnissen. Und das, wie eingangs gesagt, in Verhältnissen, die eigentlich das genaue Gegenteil für alle mitsichbringen könnten. Woran liegt das? Sinkenden Steuereinnahmen aus Unternehmensbesteuerungen stehen steigende Steuer- und Abgabenlast für die Masse der Be-

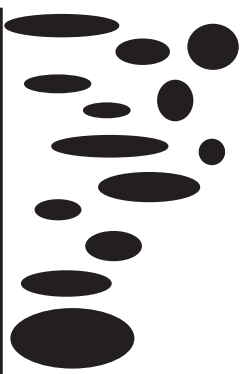
völkerung, steigenden Profiten stehen steigende Preise gegenüber. Damit dies als normal empfunden wird, gibt es ein Trommelfeuer der Massenbeeinflussung über sämtliche Kanäle der Medien, die von Lobbyorganisationen wie der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ (der Bertelsmann-Stiftung zugehörig, Initiatoren u.a. von „Du bist Deutschland“) losgetreten werden. Transportiert wird dabei der sogenannte „Neoliberalismus“, nachdem alles – und vor allem auch die Finanzierung des öffentlichen Lebens – der Profitmaximierung unterzuordnen ist und alles, was „zu teuer“ ist, radikal zum Opfer fallen soll. Jede Forderung, die auf Kosten von Aktionärgewinnen, von „Profitabilität“ usw. geht, wird sofort verteufelt und als unsinnig erklärt. Diese Desinformation zieht sich mittlerweile durch sämtliche Medien, von den rechten Hetzblättern, bis zu den einst als linksliberal geltenden Publikationen.

Aber nicht nur die bekannte Desinformation der Medien trägt ihren Teil dazu bei, die Verhältnisse so wie sie sind, täglich aufs neue zu reproduzieren. Einzelne Aktive sind ständigen Bedrohungen durch Kündigungen und andere repressiven Maßnahmen ausgesetzt. Die Beispiele von Abmahnungen und Kündigungen aktiver Betriebsräte häufen sich dementsprechend nicht nur in Stuttgart. Das gleiche gilt für das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die Proteste der Studierenden, gegen verschiedene Demonstrationen und linke Organisationen.

## Wer, wenn nicht wir?

Als während der Protestwelle gegen Studiengebühren Tausende SchülerInnen und Studierende in Stuttgart auf die Straße gingen, bemerkte ein Landtagsabgeordneter der CDU auf die Frage, ob die Proteste seine Partei nicht zu einer Umkehr in ihrer Bildungspolitik bewegen könnten, mit einem Schmunzeln: „Proteste? Welche Proteste ...?“

Ähnliche Kommentare der Sozialabbauer und Lohnkürzer sind auch bei den vielen anderen Einschnitten lokal und bundesweit gut vorstellbar. Von tatsächlichem Widerstand blieben die Protagonisten der herrschenden Politik schließlich bekanntermaßen weitgehend verschont. So soll es aber nicht bleiben. Zumindest in Ansätzen gab es schließlich schon die richtigen Antworten, an denen angeknüpft werden muss: der Streik bei Opel in Bochum, bei der AEG in Nürnberg, kurze Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Daimler-Werken z.B. in Mettingen, der Streik im Öffentlichen Dienst vor knapp zwei Jahren, aktuell die kämpferischen Streiks im Einzelhandel... Alle diese Protest- und Widerstandsaktionen zeigen den richtigen Weg auf.



Gerade weil sie in den meisten Fällen nur von kurzer Dauer und von vorneherein nicht darauf ausgelegt waren, sich größerer Themen anzunehmen, haben sie aufgezeigt welche Kraft sie entfalten könnten wenn dies sich ändert – wenn sie sich nicht von der Gewerkschaftsbürokratie im Zaum halten lassen, sondern an der Basis eine tatsächliche Eigeninitiative entwickelt und durchgesetzt wird.

Dass kämpferische Protest- und Widerstandsformen notwendiger denn je sind, wir uns nicht auf Unterschriftenlisten und Protestbriefe beschränken dürfen, ist in den vergangenen Jahren zu genüge bewiesen worden. Das gilt momentan auch für den Widerstand gegen Stuttgart 21. Die gesammelten 71 000 Unterschriften gegen das Projekt beweisen den Unmut der Stuttgarter BürgerInnen gegen das undemokratische Verhalten des OB Schuster und der Mehrheit des Gemeinderats. Doch dürfen wir jetzt nicht einfach abwarten, wie entschieden wird: im Gemeinderat oder über Gerichte. Der Druck und Protest von der Straße darf nicht nachlassen. Schließlich deutet sich schon ab, dass die Vertreter der „großen Volksparteien“ einmal mehr gemeinsam das Volk übergehen und es nicht zum Bürgerbegehren kommen lassen wollen!

Die Haushaltsplanungen der Stadt Stuttgart sehen auch diesmal wieder Kürzungen bei sozialen und kulturellen Einrichtungen vor, dazu weitere Verschärfungen der Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Auch dies darf nicht hingenommen werden, stattdessen müssen die Proteste weitergeführt und verstärkt werden.

## Alle raus auf die Straße – und das ist erst der Anfang!

Und auch Demonstrationen, Blockaden und Arbeitsniederlegungen können nicht mehr sein, als der Anfang einer Eigeninitiative von unten.

Dem Generalangriff von Staat und Kapital müssen wir eine breite und entschlossene Bewegung, Vernetzung und Organisierung entgegenzusetzen. Niemand kann und wird uns dies abnehmen!

Gründung und Vernetzung von kämpferischen Basisgruppen in den Gewerkschaften, Zusammenschlüsse von Studierenden und SchülerInnen an den Unis und Schulen, Initiativen der Erwerbslosen und Organisierungen in vielen weiteren Bereichen müssen der nächste Ausgangspunkt für eine verankerte Protest- und Widerstandsbewegung sein.

Dass wir uns dabei auf keine der etablierten politischen Parteien verlassen dürfen, bedeutet nicht, dass nicht auch politische Alternativen notwendig wären. Es versteht sich schließlich von selbst, dass ein reiner Abwehrkampf uns keine Perspektiven eröffnet. Politische Debatten und ein Einmischen auch gegen rassistische Diskriminierung, staatlichen Überwachungswahn, Aufrüstung und Kriege, müssen folglich einher gehen mit den Sozialprotesten. Letztlich bilden gerade konkrete gemeinsame Kämpfe und Organisierungen den Ausgangspunkt für politische Alternativen und Perspektiven – nicht Parteibüros und Schreibtische!

**Protestaktion gegen die Haushaltsverabschiedung am 21. Dezember  
Beginn: Marktplatz 8.15 Uhr**

**Informationen im Internet:  
labournet.de | de.indymedia.org |  
jungewelt.de | subversiv-stuttgart.de**

**Dieses Flugblatt wird herausgegeben von der Initiative Sozialproteste Stuttgart – einem Zusammenschluss von AktivistInnen aus verschiedenen Betrieben, dem Gesundheitswesen, Gewerkschaften, der Universität, Erwerbsloseninitiativen und linken Organisationen.**

**Kontakt: akollontai@yahoo.de**